

## Antrag zur Beratung des Haushaltsentwurfes 2018

Antragsteller

**RM Jörn Potthoff - SOLINGEN AKTIV**

Datum

**20.11.2017**

### Beratendes Gremium

Gremium/Gremien:

Finanzausschuss/Rat

### Zielbeschreibung des Änderungsantrages (je Antrag ein eigenes Formular)

**Antrag zum  
Haushalts-  
sanierungsplan**

neue Maßnahme  
 Maßnahme anpassen  
 Maßnahme streichen

Maßnahme-Nr.

**M 261**

Maßnahmen-Bezeichnung (neu)

Zentrale Maßnahmen zum optimierten Personal- und Personaleinsatzmanagement

**Antrag zum  
Ergebnis- bzw.  
Finanzplan**

Organisatorische Kontierung (Teilplan, Produkt)

Sachliche Kontierung (Kostenart, Konto)

Auswirkung (EUR)	2018	2019	2020	2021	Strukt.
Verwaltungsvorschlag (Ansatz bzw. HSP-Ziel bisher)	992.500	1.062.500	1.100.000	1.162.500	
Antragsziel (Ansatz bzw. HSP-Ziel neu)	0	0	0	0	

### Erläuterung

Der Personalbestand der städtischen Verwaltung und Betriebe ist in den letzten Jahren durch die drastischen Einsparmaßnahmen schon über Gebühr beansprucht worden. Es ist uns daher weder nachvollziehbar noch akzeptabel, dass und wie in den kommenden Jahren pro Jahr ca. 1 Million beim Personal eingespart werden sollen. Der Personalbestand bei der Kernverwaltung ist jetzt schon auf Kante genäht - mit angesichts der hohen Belastung hohem Krankenstand und Rekonvaleszenten. Das städtische Personal hat insbesondere durch die zusätzliche Aufgabe mit den Geflüchteten in den letzten Jahren Gewaltiges geleistet. Diese Arbeit wird weiter anhalten. Das Auslaufen der dafür geschaffenen befristeten Verträge 2017 wird die Belastung der Restbelegschaft noch erhöhen. Die bisherige HSP-Maßnahme M308 zum betrieblichen Gesundheitsmanagement soll ebenfalls unter diesen Maßnahmeposten M261 fallen, kann aber auf keinen Fall akzeptiert werden. Daher sind wir gegen weitere Einschnitte bei den unteren und mittleren Diensten. Wie schon in den letzten Jahren gehen wir davon aus, dass diese Maßnahme allein auf dem Papier realistisch ist, allerdings mit der Wirklichkeit dem realen Bedarf nicht standhält. So wurde auch im letzten Jahr am 8. Dezember nach vorliegendem Haushalt ein Zusatzantrag für 88 Vollzeitstellen mit Kosten von fast 6 Million € pro Jahr eingereicht und beschlossen (Vorlage 2252).